

blick punkt

Nr. 1 · November 1969

Liebe Leser

Zum ersten Mal halten Sie heute eine Ortszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei in den Händen. Bitte, werfen Sie sie nicht gleich in den Papierkorb. Sicher werden Sie das eine oder andere Problem anders sehen – dann aber kann man darüber diskutieren.

Ortszeitungen der Mörfelder Kommunisten haben Tradition. Vor 1933 und nach 1945 erschien das „Mörfelder Echo“, abgezogen auf einem Vervielfältigungsapparat. Jetzt haben wir es etwas leichter. Wir haben mehr Druckfachleute in unseren Reihen und eine eigene Druckmaschine, die wir im Gerümpel eines alten Kellers fanden und in vielen Freizeitstunden reparierten. So müssen wir für die Zeitung nur die Papierkosten aufbringen.

Warum machen wir uns aber diese Arbeit? Einmal deswegen, weil die Meinung der Kommunisten bei uns kaum Aufnahme in den Publikationsorganen findet. Wir meinen aber, es ist gut, wenn man Gelegenheit hat, die große und die kleine Politik von verschiedenen Seiten zu betrachten. Wir werden

in diesen Informationen unsere Meinung sagen, aber auch andere zu Wort kommen lassen.

Kommunale Probleme werden natürlich Vorrang haben. Unsere Freunde, die beiden Stadtverordneten der SDO, Heinz Hechler und Artur Siegel, werden in jeder Ausgabe zu solchen Fragen Stellung beziehen. Damit wollen wir einen besseren Kontakt zu den Bürgern unserer Stadt auch zwischen den Wahlen erreichen.

Sollte Sie irgendwo der Schuh drücken, dann schreiben Sie uns. Sollten Sie irgendein Problem haben – unsere beiden Stadtverordneten stehen Ihnen gern zur Verfügung.

Und noch etwas: schon in dieser Ausgabe sind Artikel von Mörfelder Bürgern abgedruckt, die nicht der DKP angehören. So wollen wir's auch in der Zukunft halten.

Jeder kann mitarbeiten!

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Kommunistische Partei
Mörfelden

...den Tod vor der Haustür

Im Oberwald, wenige Kilometer vom Stadtkern Mörfeldens entfernt, befindet sich seit vielen Jahren ein Gelände, das von der amerikanischen Armee streng bewacht wird. Es liegt etwas abseits von der Straße, sodaß selbst viele Mörfelder nichts von der Existenz dieses Areals wissen.

Dieses Gebiet gehörte früher den Gemeinden Trebur, Egelsbach und Walldorf. Heute ist der Bund Waldbesitzer.

Wir versuchten herauszufinden, ob kommunale oder Landesstellen darüber informiert sind, was im Oberwald gelagert wird.

Hier das Ergebnis :

1. Anruf: Trebur, Gemeindeverwaltung, Tel. 06147/234

„... nein wir wissen nicht, was gelagert wird. – Wir bekamen Nutzungsentschädigung – das reicht uns.“

2. Anruf: Egelsbach, Gemeindeverwaltung, Tel. 06103/3820 (am Apparat Herr Vogt)

„... da kann ich auch nichts sagen – früher gehörte der Wald uns, jetzt, nach einem Enteignungsverfahren, dem Bund. Für unsere Waldarbei-

ter mußten wir für dieses Gelände Sonderausweise beim Headquarter Post Civilian Office in Frankfurt, Lübecker Straße, beantragen. Unser Förster meint, da liegen nur Bomben – die Zünder wären sicher woanders gelagert.“

3. Anruf: Am für Verteidigungslasten Wiesbaden, Tel. 06121/372071

„... da kann ich überhaupt nichts sagen – und außerdem, das sind NATO-Sachen – rufen Sie doch mal das Hessische Finanzministerium an.“

4. Anruf: Hessisches Finanzministerium Wiesbaden, Tel. 06121/321 (am Apparat Dr. Landgraf)

„... was da gelagert ist, kann hier niemand sagen – wissen sie, bedroht sind wir auch in Wiesbaden, hier haben wir den Militärflugplatz Erbenheim. Rufen sie am besten den US-Verbindungsoffizier an.“

5. Anruf: US-Verbindungsoffizier zur Landesregierung Mr. Krontal, Tel. 06121/822618 (am Apparat Mr. Schadt)

„... da kann ich überhaupt nichts sagen, ich weiß nichts, rufen sie die Dienststelle für öffentliche Angelegenheiten der US-Army an.“

6. Anruf: US-Army-Dienststelle für öffentliche Angelegenheiten, Tel. 5000/7728/7431 (am Apparat Mrs. Wilhelm)

„... wir wissen nichts, wir rufen zurück.“

Seit Hiroshima und Nagasaki weiß die Welt, was Atomwaffen bedeuten. Man braucht die Wirkung nicht zu beschreiben. — In der Zwischenzeit wurden chemische und bakteriologische Waffen entwickelt. Heute gibt es Nervengas, von dem ein einziger Tropfen in 30 Sekunden einen Menschen tötet. Lesen Sie die Beschreibung einer Nervengasvergiftung im Handbuch der US-Army: „Laufnase, Atemnot, verschwommene Sicht, Verdrehen der Augen, Erbrechen, Krämpfe, unkontrollierter Stuhlgang, konvulsivische Zuckungen, Ende des Atmens, Tod.“

In der Bundesrepublik lagern die atomaren, bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel der Amerikaner. Das haben britische und amerikanische Zeitungen erst vor kurzem ans Licht gebracht. In den USA produziert und lagert man diese Giftwaffen in entfernten Weidegebieten. In der Bundesrepublik — vor unserer Haustür.



Rückruf: (am Apparat wieder Mrs. Wilhelm)
„... wissen Sie, wir haben da in die Karten gesehen — aber in dem von Ihnen beschriebenen Gebiet gibt es ja gar kein amerikanisches Depot.“

So sieht das also aus — keiner weiß etwas. — Die Amerikaner stellen sich dumm.

Mit einem solchen Ergebnis konnten wir uns nicht zufrieden geben. Wir schrieben deshalb vor ein paar Wochen an den Bürgermeister von Mörfelden, Herrn Bachmann; an den Landrat des Kreises Groß-Gerau, Herrn Schmidt; an den Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises, Herrn Schmitt-Vockenhausen und an die Hessische Landesregierung.

In unseren Briefen hieß es u.a.: „Der amerikanische Verteidigungsminister Clifford gab am 25.10.1968 bekannt, daß in Westeuropa 7200 taktische Atomwaffen lagern. Wenn man davon ausgeht, daß man ABC-Waffen in der Nähe von Trägerwaffen lagert, und wenn man weiß, daß diese sich u.a. auf dem Rhein-Main-Flughafen befinden, muß man eigentlich das Schlimmste befürchten.“

Wir sind der Meinung, daß die Bevölkerung ein Recht hat, darüber informiert zu werden.“

Mittlerweile liegen Antwortbriefe vor. (Mit einer Ausnahme: „Volksvertreter“ Schmitt-Vockenhausen hat es offenbar nicht nötig, Bürgern seines Wahlbezirks zu antworten.)

Der Magistrat der Stadt Mörfelden schreibt am 15. Sept. 1969, daß er nicht weiß, was vor den Toren Mörfeldens gelagert wird. Er will versuchen, über zuständige deutsche Stellen Auskunft zu erhalten.

Der Landrat schreibt am 19. Sept. 69, daß ihm nicht bekannt sei, was sich im Oberwald befindet. Er habe den Regierungspräsidenten um Auskunft gebeten.

Die Hessische Staatskanzlei schreibt am 12. Sept. 69, daß die Bitte um Auskunft an den Hessischen Minister des Innern weitergeleitet werde.

Alle Stellen versprachen weitere Nachrichten. Heute — acht Wochen danach — sind wir noch so klug wie am ersten Tag.

Wir wissen von vielen Zeitungsberichten, daß die US-Army in der Bewachung der Gift- und Atomwaffen-Depots eine unverantwortliche Laxheit an den Tag legt.

Spätestens nach dem Giftgas-Unfall auf dem amerikanischen Stützpunkt in Okinawa muß allen

bekannt sein, wie gefährlich die Lagerung von ABC-Waffen sein kann.

Wir haben mit vielen Mörfeldern über diese Fragen gesprochen. Alle waren empört, daß man deutsche Stellen nicht informiert über Dinge, die vor unserer Haustür geschehen.

Wir glauben gern, daß es nicht einfach ist, von den Amerikanern Auskunft in diesen Fragen zu erhalten. Aber wir müssen jetzt mit Nachdruck Aufklärung fordern.

Der ehem. Bundeskanzler Kiesinger meinte am 7.8.69: „Nervengaslager gehören zu den notwendigen Belastungen, die die Bundesrepublik zu tragen bereit ist.“

Die jüngsten Äußerungen Bundeskanzler Brandts auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie lassen ein Umdenken der neuen Regierung in dieser für uns so wichtigen Frage vermuten.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, daß sie von den USA den Abtransport des auf dem Boden der Bundesrepublik lagernden Giftgases verlangt.

Die Deutsche Kommunistische Partei fordert:
Verbot jeder Lagerung von chemischen und bakteriologischen Waffen!

Verzicht der Bundesrepublik auf jede Entwicklung oder Produktion und auf jeden Erwerb von ABC-Waffen!

... und das ist das Depot — „das es gar nicht gibt!“. Streng bewacht. Überall Schilder: Fotografieren und zeichnen verboten. Jeder sollte sich dafür interessieren. Der Tod im Oberwald bedroht uns alle.



Wer macht sie zu Mördern?

NEUE WELT-LICHTSPIELE Reg. von 20 Uhr
So. 17 u. 20 Uhr

Freitag bis Montag, 20 Uhr, Sonntag 17 u. 20 Uhr

Django — Ein Sarg voll Blut
Schafft Särge ran, Django legt sie um, Mann für Mann

Sonntag, 14 Uhr, Ju
Ti

Freitag bis Dienstag
Sonntag, 17 u. 20.15 Uhr

JERRY COTTON — Fall Nr. 6

Todesschüsse am Broadway
Der neueste FBI-Thriller mit dem Star-Agenten

Dienstag, 20 Uhr
Samsor

Volkshochschule Walldorf zeigt

Das Appartement
Einheitspreis DM 2,20

Ein Tankwart aus Mörfelden wurde erschossen. In Sprenflingen geschah beinahe das gleiche. — Keiner, der nicht empört wäre über diese Vorfälle.

Jetzt können wir wieder Meinungen hören wie „Da muß die Rübe runter“. — Würden wir mit dem Henker wirklich sicherer leben?

Sehen wir uns das Beispiel USA an. Gerade in jenem Staat, in dem die Todesstrafe besteht und rigoros zur Anwendung kommt, ist die Kriminalität am höchsten. Dagegen kennt man in Schweden, wo es schon lange keine Todesstrafe mehr gibt, bei weitem keine Kriminalität von den Ausmaßen der USA oder der Bundesrepublik. In der DDR werden seit Jahren keine Todesurteile mehr gefällt. Dennoch ist die Kriminalität weiter rückläufig und fast bedeutungslos, zieht man einen Vergleich mit uns. „Rübe ab“ ist also keine Garantie für die Sicherheit von Leben und Eigentum.

Wie aber werden immer wieder junge Leute zu Mördern?

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist Geld das Maß aller Dinge. Diese Anschauung wird bewußt, aber zum Teil auch gedankenlos von fast allen Publikationsorganen verbreitet. Mit dem Milliardenaufwand ihrer Werbebetats propagieren die Konzerne Tag für Tag den Lebensstil einer dünnen Oberschicht. Der reiche Playboy, der in teuren Bars zu Hause ist und schnelle Wagen fährt, alle Moden mit- und sich die Finger nicht schmutzig macht, wird der jungen Generation als Vorbild insuggestiert. Aber nur wenige haben reiche Eltern wie Gunter Sachs oder sind Spitzenstars im Film- oder Musikgeschäft. Die Reklame weckt Begierden, und im Kino wird gezeigt, wie man mit Skrupeln fertig wird: „Töte ihn!“, „Django — ein Sarg voll Blut“, „Schlag ihn zu Brei!“...

Die Todesstrafe ist jedenfalls keine Lösung in einer Gesellschaftsordnung, in der es erlaubt ist, Mord, Sadismus, Bestialität zu verniedlichen und Killer als Helden zu verherrlichen, weil ein paar Geschäftemacher reich davon werden.

Nach den Wahlen - zahlen!



„Nie ging es uns so gut wie heute. Demokratie und soziale Marktwirtschaft haben uns einen ungeheuren Wohlstand beschert.“ Man hört, sieht und liest es allenthalben. Wenn das Werbefernsehen eindrucksvoll schildert, was es alles zu kaufen gibt, wenn in „Bild“ zu lesen ist, daß Deutschland (gemeint ist die Bundesrepublik) wieder Nr. 1 in Europa ist, warum soll man es schließlich nicht glauben.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

Der Arbeiter, der mit 800 Mark nach Hause geht, kennt die Wirklichkeit: 200 Mark Miete, Raten für Waschmaschine und Anschaffungen. Dazu kommt Heizung und Licht. Wenn die Mörfelder Hausfrau zum Einkaufen geht, kommt sie aus dem Schrecken nicht mehr heraus. Denn auch die Nahrungsmittelpreise steigen und steigen. Für Brot zahlt die Hausfrau mittlerweile 5 – 15 Pfg. mehr für das Pfund. Bei Backwaren macht die Teuerung teilweise noch mehr aus. Für Einkellerungskartoffeln zahlt sie heute 30 – 40 Prozent mehr als im Vorjahr.

Aber nicht der Bäcker und nicht der Bauer sind schuld daran. Auch ihre wachsenden Betriebskosten werden von Preisen bestimmt, die in den Konzerndirektionen gemacht werden. Kohlen und Koks wurden bis zu 30 % teurer; die Strompreise werden folgen.

Rücksichtslos setzen die großen Baufirmen die Baupreise herauf, und zwar nicht nur um den Mehrpreis für den um 300 Prozent verteuerten Baustahl.

Dementsprechend werden neue Wohnungen immer teurer, und auch die übrigen Mieten gehen weiter hoch.

Textilien sollen in der kommenden Saison 4 – 6 Prozent, Damenoberbekleidung soll sogar 8 Prozent teurer werden.

Vor der Wahl durften die Herren Großverdiener der CDU nicht die Wahlchancen durch Preiserhöhungen schmälern. Jetzt fallen alle Hemmungen. Die Schuldigen aber amüsieren sich auf den Oppositionsbänken, während die Preistreiber den großen Schnitt machen.

Jetzt erzählen sie wieder das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale. Wie aber war es in der Zeit, als die Gewerkschaften mit Lohnerhöhungen kurzgetreten haben? Sind da etwa die Preise stabil geblieben? – Keine Spur, die Herren Großverdiener nehmen, was sie nur nehmen können, ob die Löhne gestiegen sind oder nicht. Die ungeheure Mehrleistung seit dem Wirtschaftsrückgang vor drei Jahren hat nur denen mehr gebracht, die vorher schon zuviel hatten. . .

Was können wir nun dagegen tun. Käuferstreik? Moralische Appelle? – Haben sich die Unternehmer jemals moralischen Argumenten gebeugt? – Nein! Es gibt nur einen Weg für die arbeitenden Menschen: Mehr Lohn! Und der muß erkämpft werden.

Es muß ein Organ zur Preiskontrolle geschaffen werden, in denen Gewerkschaften, Verbraucherverbände und Mietervereine mitzureden haben. Dafür muß sich die Bevölkerung einsetzen. Der Kampf gegen die Preiserhöhungen kann zum Erfolg führen, wie es die Aktion gegen die Fahrpreiserhöhung in Hannover bewies.

Ein Jahr SDO im Stadtparlament

Mit 537 Stimmen errang in Mörfelden die Sozialistische Demokratische Opposition bei der Kommunalwahl am 20. Oktober 1968 einen beachtenswerten Erfolg. Zwei ihrer Kandidaten zogen ins Stadtparlament ein.

Artur Siegel und Heinz Hechler können nunmehr auf eine einjährige kommunalpolitische Tätigkeit zurückblicken. Beide Stadtverordnete wurden in Ausschüsse gewählt. Artur Siegel wurde Mitglied im Haupt- und Finanzausschuß und Heinz Hechler im Kultur-, Schul- und Sportausschuß. Wir fragten die beiden SDO-Vertreter nach den wichtigsten Themen des verflossenen Jahres, die in den Ausschuß- bzw. Stadtverordnetensitzungen behandelt wurden.

blickpunkt: Schon knapp 3 Monate nach der Kommunalwahl beabsichtigte der Magistrat eine Gebührenerhöhung für Wasser und Kanalbenutzung um insgesamt 75 %. Das heißt, die Bürger müssen tiefer in die Tasche greifen. Wie war ihre Stellungnahme dazu im Stadtparlament?

A. Siegel: „Wir waren damals und sind auch heute noch der Meinung, daß eine so drastische Erhöhung nicht notwendig ist und stimmten gegen die Vorlage. Wir mußten auf die Zusammenhänge zwischen der großen und der kleinen Politik hinweisen und erklärten, daß wir eine, für die Kommunen günstigere Steuerverteilung fordern. Mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP wurde beschlossen, die Gesamtgebühren für Wasser und Kanal von seither 1,- DM auf 1,60 DM zu erhöhen.“

Kindergärtenmangel

blickpunkt: Stimmt es, daß 50 % der Kinder im vorschulpflichtigen Alter in Mörfelden keinen Kindergarten besuchen können?

H. Hechler: „... ja, das stimmt. Bereits am 17.12.68 und am 30.8.69 richtete die SDO-Fraktion an den Bürgermeister eine Anfrage zu diesem Thema. Angesichts der Tatsache, daß nur etwa 50 % der schulpflichtig werdenden Kinder einen Kindergarten besuchen können, fragten wir, wann an den Bau eines neuen städtischen Kindergartens gedacht sei. Um jedem Kind der drei Jahrgänge vor der Einschulung einen Platz in einer Kindertagesstätte zu sichern, müßten in Mörfelden noch weitere 4 bis 5 Kindergärten gebaut werden. Wir fordern deshalb, mit dem Bau des nächsten geplanten städtischen Kindergartens im Gebiet Mörfelden-Süd baldigst zu beginnen. Namhafte Pädagogen des In- und Auslands haben bewiesen, daß die „Bildsamste Phase“ von dritten bis zum sechsten Lebensjahr eines Kindes nicht versäumt werden dürfe. Das Wort vom „dumm Geborenen, der nichts dazu lernt“ hat kaum noch Gültigkeit.“

blickpunkt: Was wäre dazu eine erstrebenswerte Lösung?

H. Hechler: „Der optimale Zustand wäre eine Vorschulpflicht für Fünfjährige. Eine Vorklasse für schulpflichtige Sechsjährige, jedoch zurückge-

stellte Kinder, wurde am 2.9.69 in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, kann aber vor 1971 kaum verwirklicht werden, denn in Mörfelden fehlen bereits jetzt 8 Klassenräume. Die SDO-Fraktion begrüßte die Abgabe der Schulträgerschaft an den Kreis und den Bau einer Gesamtschule für Mörfelden und Walldorf. In der letzten Sitzung am 14. Oktober 69 wurde dies mit den Stimmen der SPD, SDO und FDP gegen die CDU beschlossen."

Lehremangel

blickpunkt: Haben wir in Mörfelden genügend Lehrkräfte?

H. Hechler: Nein, auch in Mörfelden gibt es Engpässe. Zu dem akuten Lehremangel, der gerade in diesem Herbst in Erscheinung trat, wollen wir nur das eine sagen, und das gilt in erster Linie den Verantwortlichen im Hessischen Kultusministerium: Man muß in Zukunft längerfristige Bedarfsrechnungen und eine dementsprechende Planung für die Lehrerausbildung vornehmen.

Ärztlemangel

blickpunkt: Die ärztliche Versorgung in Mörfelden wird immer kritischer. Die SDO hat dieser Frage in der Vergangenheit große Bedeutung beigemessen. Gibt es Aussichten zu einer Verbesserung?

H. Hechler : „Seit 1960 können sich die Kassenärzte den Ort ihrer Niederlassung selbst aussuchen. Mörfelden hat zur Zeit 4 Praktische Ärzte und liegt bei einer Einwohnerzahl von ca. 13.000 erheblich unter dem Landesdurchschnitt in der ärztlichen Versorgung. Der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen gab im August dieses Jahres bekannt, daß in Hessen auf jeden Kassenarzt 1259 Einwohner kommen.“

Vor etwa einem Jahr griff die SDO dieses Thema auf. Wir schrieben damals vor der Kommunalwahl: „Mörfelden benötigt dringend einen fest ansässigen Kinderarzt und einen weiteren Praktischen Arzt.“ Inzwischen hat die SDO-Fraktion eine mündliche und zwei schriftliche Anfragen zu

diesem Thema an den Magistrat gerichtet. Am 18.5.69 beantragten wir, zur besseren Bewältigung dieses Problems eine Kommission zu bilden, der Vertreter der einzelnen Fraktionen und Mörfelder Ärzte angehören. Am 24.6. wurde uns mitgeteilt, daß man beschlossen hat, von der Bildung einer Kommission abzusehen, da die in § 72 der Hessischen Gemeindeordnung genannten Voraussetzungen nicht gegeben seien.

Wir sind der Meinung, daß das Problem „Ärztliche Versorgung“ bei dem weiteren Wachsen unserer Stadt ein permanentes Problem bleibt, das nicht hinter anderen, wie zum Beispiel dem der Erwachsenenbildung und dem Bau eines Hallenbades zurücksteht. Nicht wenige Bürger sind noch der irrigen Auffassung, die bereits ansässigen Ärzte würden sich gegen die Niederlassung neuer Ärzte wehren. Das ist nicht so. Gerade Dr. Weinmann hat sich wiederholt darum bemüht, einen weiteren Arzt für Mörfelden zu gewinnen. Übervolle Wartezimmer, Wartezeiten bis zu 3 Stunden, belasten ja auch die Ärzte über die Maße.

Wir haben den 2. Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks, Heiner Dudene, der sich mit dem Thema auf Landesebene befaßt hat, um seine Meinung befragt. Er ist der Ansicht, daß die Errichtung von ärztlichen Zentren unumgänglich ist.

Darüber hinaus haben wir eine Unterredung mit der Kassenärztlichen Vereinigung geführt und erfahren, daß für Mörfelden ein Arzt „als dringend“ ausgeschrieben ist. Außerdem wird von dort ein zinsfreies Darlehen für Ärzte gewährt, die eine neue Praxis errichten wollen. Zahlreiche Maßnahmen der Stadt, Inserate im Deutschen Ärzteblatt, Angebote für Bauplatz und Wohnung, eine von der Stadt angemietete Praxis, blieben ergebnislos."

blickpunkt: Was kann nun auf diesem Gebiet von seiten der Stadt noch getan werden?

H. Hechler: „1. Die Unterstützung und Hilfe für neue Ärzte, wie Bereitstellung von Praxisräumen, Bauplatz- und Wohnraumbeschaffung, muß aufrecht erhalten werden.

2. Man kann es nicht bei der Besichtigung eines Ärztehauses in Neu-Isenburg belassen, sondern muß den Bau eines solchen auf die Tagesordnung setzen. Wir müssen darüber hinaus Gespräche mit der Stadt Walldorf führen, um über die Ansiedlung von Fachärzten und den Bau eines gemeinsamen Ärztehauses beraten.

Die Jugend braucht einen Schuppen

Dieser Beitrag wurde uns von einem Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Auch wir meinen, daß ein Jugendzentrum notwendig wäre. Wir stellen das Thema zur Diskussion.

In einem Wahlflugblatt zur Kommunalwahl 1968 forderte die SDO die Schaffung eines täglich geöffneten Jugendzentrums.

Weiterhin forderte sie die Bereitstellung der Räume und Mittel hierfür. Das hatte seinen guten Grund.

Täglich fahren Mörfelder Jugendliche nach Walldorf, Goddelau, Langen und Groß-Gerau, um zu tanzen. Dort gibt es Diskotheken und Beatveranstaltungen.

Andere sitzen am „Gummibahnhof“ und in Gaststätten.

Die meisten von ihnen sind unzufrieden mit ihrem Heimatort: „Hier ist nichts los.“

Diese Gruppe von Jugendlichen hat keine Lust, sich in einem Verein zu organisieren. Sie hat zum Teil schlechte Erfahrungen gemacht, wurde von den Älteren gegängelt, hatte zuwenig Möglichkeit zur Entfaltung.

Außer, daß ein solches Milieu einen guten Nährboden für kleinere kriminelle Delikte bietet,

die aus Langeweile begangen werden, trägt es auch nicht gerade dazu bei, bewußte Staatsbürger zu erziehen. Man beklagt sich über „die Jugend“, ist aber scheinbar nicht bereit, etwas für sie zu tun. — Offensichtlich wartet man, bis sich ein privater Unternehmer entschließt, einen „Beatladen“ aufzumachen, um sich dann über den Krach und die „sittlichen Ausschweifungen“ beschweren zu können.

Der Stadtjugendring hatte im Frühjahr eine Fragebogenaktion gestartet, um die Wünsche der Mörfelder Jugendlichen zu ergründen. Fast alle meinten, daß eine Gelegenheit zu Tanz, Gespräch, Diskussion, eben ein Treffpunkt für die Jugend her müßte.

Wir brauchen mehrere Räume, in denen Platz zum Tanzen und zum Diskutieren, Lesen etc. ist, in denen man etwas trinken kann, aber nicht muß.

Wir wollen uns diese Räume selbst ausgestalten, oder zumindest bei der Ausgestaltung mitreden. Die Räume müßten von uns selbst verwaltet werden. Das bietet die beste Gewähr dafür, daß wir uns selbst bemühen, Lärm und Auswüchse zu vermeiden. Die Räume müssen für jeden offen sein, für Organisierte und Nichtorganisierte. Aber wir wollen keine Aufsicht von Älteren. Wir wollen unabhängig sein und nicht ständig von einem erhobenen Zeigefinger bedroht werden. Wir wollen ein Modell für Selbsterziehung der Jugend bieten.

Gebt uns Räumlichkeiten und Mittel, und wir werden beweisen, daß die Jugend in der Lage ist, zu denken und ohne fremde Hilfe ihre Freizeit zu gestalten.

Im „Sozialdemokrat“, Informationsorgan der SPD, Hessen Süd, fanden wir im Oktober einen interessanten Diskussionsbeitrag.

Hier ein Ausschnitt:

„... ganz unserer Meinung!“

Westdeutschland?

Um diese — und viele andere — Fragen an die DKP zu stellen, muß man allerdings von sozialdemokratischer Seite zum Gespräch bereit sein. Nach Beendigung des Wahlkampfes dürfte auch die SPD mit einer Revision ihrer Positionen gegenüber den westdeutschen Kommunisten beginnen können. Man kann nicht einerseits behaupten, das KPD-Verbot von 1956 entspringe dem kalten Krieg und sei politisch ein Unglück, andererseits aber die DKP pauschal und ohne Diskussion als „undemokratisch“ (und damit verbotswürdig nach Art. 21 GG) behandeln. Die Zeit des kalten Krieges ist vorbei: in der Ostpolitik, in unserem Verhältnis zur DDR, in unseren Beziehungen zu den westdeutschen Kommunisten!

DER SOZIALDEMOKRAT / Seite 11

Hatte es einen Sinn?

Lohnte sich die Arbeit der Bürgerkomitees gegen den Rechtsradikalismus?

Man war sehr skeptisch gewesen: Angesehene Zeitungen prophezeiten, daß der Kampf gegen die Neofaschisten die Trotzreaktionen bei den Anfälligen verstärkten und sie noch eher Sicherheit und Ordnung bei der Rechten suchen lassen werde. Politiker hatten empfohlen, der NPD keine zusätzliche Publizität zu verschaffen, dadurch, daß man sie bekämpft; sie gar nicht beachten, sei das beste Mittel, sie klein zu halten.

Der Ausgang der Wahl hat zumindest folgendes gezeigt: Die zusätzliche Publizität hat der NPD nichts genützt. Die Befürchtungen, man helfe ihr, indem man sie bekämpfe, erwiesen sich als falsch. Die NPD ist am stärksten gewachsen, solange man glaubte, sie ignorieren zu können.

Aber nun die umgekehrte Frage: Haben die Aktionen der verschiedenen Komitees und Arbeitskreise gegen Neofaschismus wesentlich beigetragen zum relativ schlechten Abschneiden der NPD? Hat es sich gelohnt, soviel Zeit und Geld dafür zu investieren?

Man darf den Anteil der Komitees an diesem Erfolg nicht unterschätzen: Sie haben die NPD gezwungen, ih. pseudodemokratisches Mäntelchen fallen zu lassen. Die Knüppelszenen von Frankfurt, die Schüsse von Kassel haben alarmierend gewirkt, die intensive Aufklärung über Ziele und demagogische Methoden dieser Partei in Massenmedien und Flugblättern haben dafür gesorgt, daß dieser Alarm nicht verhallt ist.

Es wäre aber ebenso falsch, den Anteil der Komitees zu überschätzen: Es ist nicht zu leugnen, daß die augenblickliche wirtschaftliche Prosperität die Wahlichancen der NPD beeinträchtigt hat. Man muß damit rechnen, daß die Zahl der Leute, die sie aus Protest wählen, bei anderen Voraussetzun-

gen wieder wachsen wird. Es ist leider nicht nur das wache politische Bewußtsein, die demokratische Reife der Bevölkerung, die den Einzug der NPD in den Bundestag verhindert haben; es fehlten ihr ohnehin nur 0,5 % Stimmen.

Ein anderes Moment an der Arbeit der Komitees ist ebenso wichtig wie die Tatsache, daß sie zum relativ schlechten Abschneiden der NPD beigetragen haben: Zum ersten Mal haben „kleine Leute“ in beachtlicher Zahl entdeckt, daß sie über ihre Stimmabgabe hinaus politisch Einfluß nehmen können. Sie haben es nicht allein den Politikern überlassen, sie haben selber die Initiative ergriffen, um eine bedrohliche Alternative zu verhindern. Sie haben dabei Erfolg gehabt und damit gezeigt, daß der kleine Mann etwas tun kann, wenn er sich organisiert.

Wenn man das zusammen sieht mit anderen Ansätzen — den bislang wenig erfolgreichen Versuchen von unteren Parteiorganisationen der SPD etwa, Einfluß auf die Aufstellung der Bundestagskandidaten zu nehmen — so muß man feststellen: Die Basis beginnt, mitzureden. Die Spitzen werden damit rechnen müssen.

Allerdings — Komitees und Arbeitskreise sind vorwiegend in traditionell linken Gegenden entstanden; sie setzten sich zusammen aus Leuten, die bereits waches politisches Interesse hatten. Wenn es gelingt, das kritische Interesse und die Initiative „unten“ wach zu halten, wenn es gelingt, über den Kreis der jetzt schon Engagierten hinauszukommen, dann sind die Aussichten auf eine umfassende Demokratisierung unserer Gesellschaft nicht mehr illusionär, dann erst haben reaktionäre Demagogen, wie sie sich in der NPD und anderswo finden, keine Chancen mehr.



Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

Landesbüro
Hessen
6 Frankfurt am Main
Cronstettenstraße 30
Tel.: 59 00 48

„Unsere Zeit“ schreibt, was nicht in der Bildzeitung steht!

„Unsere Zeit“ vertritt die Interessen der Arbeiter, Ange-
stellten und Geistesschaffenden.

Werden Sie Leser der „UZ“

Bestellschein

An „UZ“ Landesbüro Hessen, 6 Frankfurt a. Main, Cronstettenstr. 30

Ich bestelle hiermit die Sozialistische Volkszeitung „UZ“ zum Bezugspreis von
DM 2,60 pro Monat für mindestens 3 Monate.

Zustellung erwünscht ab:

Vor- und Zuname:

Postleitzahl/Wohnort:

Straße u. Hausnummer:

.....
Datum

.....
Unterschrift d. Abonnenten

Auf den Arbeiter* kommt es an!



* Die CDU sagte vor der Wahl „Auf den Kanzler kommt es an.“ Wir sind anderer Meinung. Interessiert Sie die Politik einer Arbeiterpartei? Informationen über die DKP erhalten Sie von Rudi Hechler, Hochstraße 22 und Artur Siegel, Kalbsgasse.

... und nun warten wir auf den Briefträger. Schreiben Sie uns, wenn Sie die Artikel im „blickpunkt“ für richtig halten; schreiben Sie uns auch, wenn Sie „blickpunkt“ kritisieren wollen – oder rufen Sie einfach an, wenn Sie ein Problem haben. (Tel.: 2362, R. Hechler; 3335, H. Hechler; 3322, S. Haag)

Selbstverständlich würden wir uns sehr freuen, wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen könnten (Papier ist nämlich recht teuer). Wir melden uns in Kürze wieder mit „blickpunkt“ Nr. 2.

Bis dahin alles Gute –
Die „blickpunkt“-Redaktion

